

Beschönigen Landesregierungen ihre Finanzplanung vor Landtagswahlen? Eine neue Studie geht dieser Frage nach, indem verschiedene Finanzkennzahlen im Zeitraum 1980–2014 untersucht werden (vgl. Kauder et al. 2017). Die Ergebnisse zeigen, dass Regierungen in den alten Bundesländern keinen systematischen Einfluss auf die Finanzplanung nahmen. Im Gegensatz dazu unterschätzten die Regierungen in den neuen Bundesländern im Jahr vor einer Landtagswahl, verglichen mit anderen Jahren, die Landesausgaben systematisch um 0,20% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die Steuereinnahmen um 0,36% des BIP und den Finanzierungssaldo um 0,30% des BIP. Somit unterschätzten die Regierungen in den neuen Bundesländern durch ihre niedrigeren Schätzungen der Landesausgaben und Steuereinnahmen das Volumen ihrer Staatstätigkeit im Jahr vor der Landtagswahl.

Regierungen schätzen das Niveau künftiger Steuereinnahmen, Ausgaben und Schulden. Die realisierten Werte stimmen jedoch meist nicht mit den geschätzten Werten überein. Sind die Schätzfehler lediglich auf unvorhersehbare Ereignisse zurückzuführen, oder werden die fiskalischen Kennziffern systematisch beeinflusst? Politiker könnten Anreize zur Beschönigung haben. In Zeiten einer bevorstehenden Wahl könnten Regierungen Schätzungen beispielsweise nutzen, um ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen.¹ Parteien, die eine geringe Steuerbelastung oder hohe Staatsausgaben befürworten, könnten durch die Beschönigung der Finanzplanung den Eindruck erwecken, dass ihre fiskalpolitischen Maßnahmen finanzierbar sind. Wähler könnten dadurch in ihrem Wahlverhalten beeinflusst werden. Es ist daher denkbar, dass Regierungen zu optimistisch sind und Finanzschätzungen vor Wahlen beschönigen. Sie könnten zu hohe Steuereinnahmen, zu niedrige Ausgaben und zu hohe Finanzierungssalden schätzen.

Wissenschaftliche Studien haben sich bereits mit der Frage befasst, ob Wiederwahlmotive und parteipolitische Zusammensetzungen von Regierungen die Schätzungen öffentlicher Finanzen beeinflussen. Die Schätzungen waren auf Bundesebene für die Jahre 1968–2003 zu optimistisch: Schätzungen der Staatsver-

schuldung waren vor Wahlen niedriger; zudem waren Schulden-, Steuer- und Ausgabenschätzungen unter konservativen Regierungen niedriger (vgl. Heinemann 2006). Für kurzfristige Steuereinnahmeschätzungen im Zeitraum 1971–2013 zeigen die Ergebnisse von Buettner und Kauder (2015) keine Verzerrung oder Einflüsse durch Wiederwahlmotive oder die parteipolitische Zusammensetzung von Bundesregierungen; allerdings beeinflussen Regierungen potenziell die Einnahmeschätzung, indem sie die zugrunde liegende BIP-Prognose erstellen und die Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen auf die Einnahmen einberechnen. Mittelfristige Schätzungen zwischen 1968 und 2012 bezüglich künftiger Steuereinnahmen waren nach oben verzerrt; insbesondere nach der deutschen Wiedervereinigung (vgl. Breuer 2015). Für die alten Bundesländer zeigen die Ergebnisse von Bischoff und Gohout (2010) für den Zeitraum 1992–2002 nicht, dass Wiederwahlmotive oder die parteipolitische Zusammensetzung von Landesregierungen einen Einfluss auf die Schätzung der Steuereinnahmen hatten. Allerdings korrelierte die Anzahl an Wählern, die mit den amtierenden Parteien unzufrieden waren, mit Schätzungen über höhere Steuereinnahmen.

Wir untersuchen, ob Politiker Schätzungen von Ausgaben, Steuereinnahmen und Finanzierungssaldo auf Landesebene beschönigen. Außerdem analysieren wir Unterschiede in der systematischen Beschönigung fiskalischer Kennziffern zwischen den Regierungen der alten und der neuen Bundesländer. Die Ergebnisse zeigen, dass in den Jahren vor einer Landtagswahl, verglichen mit den anderen Jahren, die Regierungen der neuen Bun-

* Fabian Ruthardt war von Januar bis März 2017 Praktikant im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

¹ Die Theorie politischer Wahlzyklen lässt expansive Fiskalpolitiken vor Wahlen erwarten. Wie politische Wiederwahlmotive die Fiskalpolitik beeinflussen, zeigen bspw. Berger und Woitek (1997), de Haan und Klomp (2013) und Klomp und de Haan (2013).

desländer die Landesausgaben um 0,20% des BIP unterschätzten; ebenso die Steuereinnahmen (0,36% des BIP) und den Finanzierungssaldo (0,30% des BIP). Durch die nach unten verzerrte Schätzung von Landesausgaben und Steuereinnahmen schätzten die Regierungen der neuen Bundesländer einen insgesamt kleineren Haushalt. In den alten Bundesländern zeigte sich jedoch kein Indiz für einen Einfluss der jeweiligen Landesregierung auf die Finanzplanung aufgrund von Wiederwahlmotiven.

Finanzplanung

Artikel 109 des Grundgesetzes besagt, dass die Bundesländer autonom und unabhängig ihren Haushalt festlegen dürfen. Im Jahr 1968 führten der ehemalige Finanzminister Franz Josef Strauß (CSU) und sein Nachfolger Alex Möller (SPD) die mittelfristige Haushalts- und Finanzplanung auf Bundes- und Länderebene ein. Finanzpläne werden im Budgetierungsprozess erstellt und beinhalten Schätzungen der öffentlichen Finanzen für das gegenwärtige und die vier folgenden Jahre. Die geschätzten Kennzahlen beinhalten unter anderem auch Ausgaben, Steuereinnahmen und den Finanzierungssaldo. Obwohl die Länder auch Transferzahlungen vom Bund und von anderen Ländern über den Länderfinanzausgleich erhalten, sind Steuereinnahmen die wichtigste Einkommensquelle der Länder. Die Schätzungen der Steuereinnahmen werden auf Bundesebene von der unabhängigen Expertengruppe Arbeitskreis Steuerschätzungen erstellt. Im Rahmen einer Regionalisierung wird berechnet, wie viele Steuereinnahmen jedem Bundesland zustehen. Die Regierungen der einzelnen Länder passen dann diese Zahlen aufgrund des Zeitpunkts der Budgetierung, der wirtschaftlichen Entwicklung des Bundeslands und etwaiger Steuerreformen an.

Für manche Bundesländer gibt es für bestimmte Jahre keine Finanzpläne, da einige Landesregierungen den Haushalt gleich für zwei Jahre verabschieden (Doppelhaushalt), so dass auch Finanzpläne nur alle zwei Jahre veröffentlicht werden. Hier werden die wichtigsten Kennzahlen bezüglich der Jahre t und $t + 1$ untersucht, da die Haushaltsplanung der Regierungen auf den Schätzungen für die Jahre t und $t + 1$ basieren.

Deskriptive Statistiken

Wir verwenden die Finanzpläne der Finanzministerien der Länder von 1980–2014 für die alten Bundesländer und die Finanzpläne der Jahre 1996–2014 für die neuen Bundesländer.² Ein positiver (negativer) Schätzfehler impliziert, dass der erwartete Wert einer Finanzkennzahl größer (kleiner) war

² Aufgrund der Wiedervereinigung werden die Finanzpläne der neuen Bundesländer vor 1996 und für Berlin für den Zeitraum von 1990 bis 1995 ausgeschlossen.

als der ex post realisierte Wert. Der durchschnittliche Schätzfehler für die Gesamtausgaben und Steuereinnahmen für das gegenwärtige und das kommende Jahr war kleiner als 0,07% des BIP. Der durchschnittliche Schätzfehler für den Finanzierungssaldo war größer: Der Finanzierungssaldo wurde im Durchschnitt für das gegenwärtige Jahr um 0,22% und für das kommende Jahr um 0,15% des BIP unterschätzt.

Wir unterscheiden bei den Schätzfehlern der drei Finanzkennzahlen für die Jahre t und $t + 1$ zwischen der letzten Schätzung vor einer Wahl und der Schätzung in anderen Jahren. Im Folgenden wird die letzte Schätzung vor einer Wahl als »Vorwahljahrschätzung« im Gegensatz zu »anderen Schätzungen« bezeichnet. Die Gesamtausgaben waren, mit der Ausnahme von Schätzungen im Jahr t in anderen Jahren, im Durchschnitt niedriger als geschätzt. Schätzungen der Gesamtausgaben vor Wahlen scheinen sich von anderen Jahren zu unterscheiden. Schätzfehler der Steuereinnahmen waren ziemlich klein und vor Wahlen und in den anderen Jahren ähnlich. Der Finanzierungssaldo wurde im Durchschnitt unterschätzt; die Neuverschuldung war also geringer als angenommen. Der Schätzfehler vor Wahlen und der Schätzfehler in anderen Jahren waren fast nie statistisch signifikant voneinander verschieden.

Es ist denkbar, dass sich die Ergebnisse für die alten und neuen Bundesländer unterscheiden, da sich die Institutionen in den Jahren 1949–1990 unterschiedlich entwickelten und diese Diskrepanzen die Finanzplanung nach der Wiedervereinigung beeinflussten. In vielen Fällen war der Unterschied zwischen der Vorwahljahrschätzung und den Schätzungen der anderen Jahre in den neuen Bundesländern größer als in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern waren Schätzfehler vor Landtagswahlen meist kleiner als in den anderen Jahren. Schätzfehler bezüglich der Gesamtausgaben im Jahr t ($t + 1$) waren im Durchschnitt 0,11% des BIP (0,23% des BIP) kleiner als in den anderen Jahren. Der Unterschied zwischen dem Schätzfehler vor Landtagswahlen im Vergleich zu den anderen Jahren ist für die neuen Bundesländer auf dem 10%-Niveau statistisch signifikant. Schätzfehler, die die Steuereinnahmen betreffen, waren vor Wahlen im Jahr t ($t + 1$) durchschnittlich 0,01% des BIP (0,02% des BIP) kleiner (größer) im Vergleich zu den anderen Jahren. Die Schätzfehler des Finanzierungssaldos im Jahr t ($t + 1$) waren im Durchschnitt 0,01% des BIP (0,02% des BIP) größer (kleiner) als in den anderen Jahren.

Empirische Analyse

Wir schätzen ein Paneldatenmodell zur Erklärung der Schätzfehler einzelner Finanzkennziffern. Die abhängige Variable stellt den Unterschied zwischen der Schätzung und dem realisierten Wert für Gesamtausgaben, Steuereinnahmen oder Finanzierungssaldo relativ zum realisierten BIP

Tab. 1
Koeffizienten der Variable »Vorwahljahrschätzung« aus separaten Schätzungen für alle deutschen, neue und alte Bundesländer (Kontrollvariablen nicht dargestellt)

	(1)		(2)		(3)		(4)		(5)		(6)													
	Schätzfehler						Schätzfehler						Schätzfehler											
	Ausgaben						Steuereinnahmen						Finanzierungssaldo											
	Jahr t			Jahr $t + 1$			Jahr t			Jahr $t + 1$			Jahr t			Jahr $t + 1$								
Vorwahljahr-Schätzung – alle deutschen Bundesländer	-0,083	(0,050)			-0,076	(0,061)			-0,029	(0,026)			-0,000	(0,031)			0,025	(0,046)			0,008	(0,054)		
Vorwahljahr-Schätzung – neue Bundesländer	-0,198*	(0,083)			-0,552***	(0,102)			-0,362**	(0,114)			-0,251	(0,209)			-0,296***	(0,059)			-0,099	(0,202)		
Vorwahljahr-Schätzung – alte Bundesländer	-0,052	(0,046)			-0,016	(0,034)			-0,013	(0,015)			0,021	(0,024)			0,039	(0,049)			0,019	(0,044)		

Fixed-Effects-Regressionen mit robusten Standardfehlern (in Klammern); * signifikant zum 10%-Niveau, ** signifikant zum 5%-Niveau, *** signifikant zum 1%-Niveau.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts

dar (in einem Bundesland in einer Periode mit Schätzhorizont 0 oder 1). Die wichtigste erklärende (Dummy-)Variable namens Vorwahljahrschätzung nimmt den Wert 1 an, wenn die Schätzung die letzte Schätzung vor einer Landtagswahl war (vorher festgelegte Wahlen sind exogen in dem Sinne, als dass der Wahlzeitpunkt nicht durch die geschätzten Finanzkennzahlen beeinflusst werden kann). Als Kontrollvariablen verwenden wir die parteipolitische Zusammensetzung der betreffenden Landesregierung³ und die Arbeitslosenquote (um auf Anreize zur Beschönigung der Schätzung in wirtschaftlich guten oder schlechten Zeiten einzugehen).⁴ Zudem kontrollieren wir für den *Mean-Reversion-Effekt*, für Autokorrelation des Schätzfehlers und nehmen fixe Effekte auf Bundesland- und Jahresebene auf. Wir schätzen lineare Paneldatenmodelle mit robusten Standardfehlern.

Die obere Zeile in Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse für alle deutschen Bundesländer. In Spalte (1) ist der geschätzte Koeffizient der Schätzung der Gesamtausgaben für das gegenwärtige Jahr und in Spalte (2) sind die Ergebnisse der Regression der Ausgabenschätzung für das Folgejahr gezeigt. Der Koeffizient der Vorwahljahrvariable ist statistisch nicht signifikant. Bei den Kontrollvariablen (in der Tabelle nicht gezeigt) ergibt sich ein gemischtes Bild: Während der Koeffizient der Variable, die die parteipolitische Zusammensetzung der Landesregierungen beschreibt, statistisch nicht signifikant ist, erweist sich der Koeffizient des verzögernden Schätzfehlers in Spalte (1) und (2) als statistisch signifikant. Numerisch bedeutet der Koeffizient in Spalte (1), dass durch eine Vergrößerung des Schätzfehlers um 1% des BIP der gegenwärtige Schätzfehler um 0,32% des BIP steigt. Der

Koeffizient der verzögerten Arbeitslosenquote ist nicht statistisch signifikant. Spalten (3) bis (6) geben die Ergebnisse für die Steuereinnahmen und den Finanzierungssaldo an. Der Koeffizient der Vorwahljahrvariable ist in keinem Szenario statistisch signifikant. Der Koeffizient der Variable, die die politische Orientierung beschreibt, ist in Spalte (5) signifikant. Das bedeutet, dass unter einer linksorientierten Landesregierung der Schätzfehler bezüglich des Finanzierungssaldos um 0,6 Prozentpunkte des BIP kleiner war als unter einer konservativen Regierung. Der Koeffizient der verzögerten Realisierung des Finanzierungssaldos ist in Spalte (5) ebenfalls signifikant.

Wir schätzen im nächsten Schritt unser empirisches Modell für die alten und neuen Bundesländer getrennt. Die mittlere Zeile in Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse für die neuen Bundesländer (ohne Berlin).⁵ Der Koeffizient der Vorwahljahrvariable ist negativ und statistisch signifikant für die Gesamtausgaben in den Jahren t und $t + 1$ (Spalte 1 und 2), für Steuereinnahmen im Jahr t (Spalte 3) und für den Finanzierungssaldo im Jahr t (Spalte 5). Die numerische Bedeutung des Koeffizienten in Spalte (1) ist, dass in Vorwahljahren die Gesamtausgaben um 0,20% des BIP (verglichen mit den anderen Jahren) unterschätzt wurden. Steuereinnahmen wurden in Vorwahljahren um 0,36% des BIP zu niedrig geschätzt; der Finanzierungssaldo wurde in Vorwahljahren um 0,30% des BIP unterschätzt (Spalte 5).⁶ Der Koeffizient der Variable, die die parteipolitische Zusammensetzung der Landesregierungen beschreibt, ist für die Gesamtausgaben für die Jahre t und $t + 1$ und für die Steuereinnahmen im Jahr t statistisch signifikant. Der Koeffizient in Spalte (1) bedeutet, dass linksorientierte Landesregierungen gegenüber konser-

³ Wir unterscheiden zwischen linken und konservativen Regierungen, indem wir die Variable Links verwenden. Die Variable Links nimmt den Wert 1 an, wenn die amtierende Landesregierung linksorientiert ist (die SPD ohne Koalitionspartner oder die SPD in einer Koalition mit den Grünen, Die Linke oder der FDP), 0,5 wenn es eine Regierung der Mitte gibt (Große Koalition oder Koalition der CDU mit den Grünen oder mit den Grünen und der FDP) und 0 wenn eine amtierende Regierung konservativ geprägt ist (CDU/CSU ohne Koalitionspartner oder in einer Koalition mit der FDP).

⁴ Die Schlussfolgerungen verändern sich nicht, wenn wir statt der Arbeitslosenquote die Wachstumsrate des BIP heranziehen.

⁵ Für Berlin liegen keine Daten für den Osten und Westen der Stadt separat vor. Berlin ist deshalb nur in den Schätzungen inklusive aller 16 Bundesländer berücksichtigt.

⁶ Die Summe der Schätzfehler der Steuereinnahmen und des Finanzierungssaldos ergibt nicht den Schätzfehler der Gesamtausgaben. Der Unterschied basiert auf Schätzfehlern, die nicht in den Bereich Steuern fallen; beispielsweise durch Transferzahlungen von der Bundesebene, Einkünfte von staatlichen Unternehmen, Kapitaleinnahmen, Gebühren und Strafen. Allerdings sind Steuern die wichtigste Einkommensquelle für sämtliche Bundesländer.

vativen Regierungen die Gesamtausgaben um 0,66% des BIP überschätzten.

Die untere Zeile in Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse für die alten Bundesländer. Der Koeffizient der VorwahljahrvARIABLE ist in keinem Szenario statistisch signifikant.

In einem weiteren Schritt untersuchen wir den Schätzfehler für die Gesamtausgaben, Steuereinnahmen und den Finanzierungssaldo für die Jahre $t + 2$, $t + 3$ und $t + 4$ als abhängige Variable. Der Koeffizient der VorwahljahrvARIABLE ist nur in einer Spezifikation statistisch signifikant: Der Finanzierungssaldo im Jahr $t + 3$ wurde in den neuen Bundesländern in Vorwahljahren (verglichen mit den anderen Jahren) um 0,47% des BIP unterschätzt (Ergebnisse nicht in Tabelle dargestellt).

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen, dass es keine Hinweise auf eine Beeinflussung der Finanzpläne durch Wiederwahlmotive in den alten Bundesländern gibt. Somit werden die Ergebnisse von Bischoff und Gohout (2010) unterstützt. Allerdings unterschätzten die Regierungen der neuen Bundesländer in Jahren vor Landtagswahlen (verglichen mit den anderen Jahren) die Gesamtausgaben um rund 0,20% des BIP, die Steuereinnahmen um 0,36% des BIP und den Finanzierungssaldo um 0,30% des BIP. Demzufolge waren die Regierungen der neuen Bundesländer zu optimistisch im Hinblick auf die Gesamtausgaben und den Finanzierungssaldo und zu pessimistisch bezüglich der Steuereinnahmen. Unsere Vermutung, dass Landesregierungen vor Landtagswahlen die Schätzungen aller drei untersuchten fiskalischen Kennziffern beschönigen, wird nicht unterstützt. Indem die Regierungen der neuen Bundesländer geringere Gesamtausgaben und Steuereinnahmen schätzten, unterschätzen sie vielmehr das Volumen des Haushalts und überschätzen ihre Fähigkeit, die Staatstätigkeit zu verkleinern.

Warum unterschätzen die Regierungen der neuen Bundesländer, aber nicht die der alten Bundesländer die Größe ihrer Staatstätigkeit?⁷ Es ist weithin bekannt, dass in den neuen Bundesländern die Erfahrungen mit dem Kommunismus die sozialen Normen und die Einstellung gegenüber der Regierung anders beeinflusst haben als das kapitalistische System im Westen (vgl. Alesina und Fuchs-Schündeln 2007; Brosig-Koch et al. 2011). Viele Studien identifizieren Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern in den Bereichen individueller Zusammenarbeit und Solidarität (vgl. Ockenfels und Weimann 1999; Brosig-Koch et al. 2011), persönlicher Präferenzen für Sozialpolitik und Um-

verteilung (vgl. Corneo 2004; Alesina und Fuchs-Schündeln 2007) und Ungleichheit bezüglich Löhnen, Einkommen und Konsum (vgl. Fuchs-Schündeln et al. 2010). Wir können allerdings nicht überprüfen, ob Unterschiede in den sozialen Normen und Einstellungen gegenüber der Regierung die Ursache für unsere Untersuchungsergebnisse sind. Vielmehr schlagen wir eine andere Erklärung vor. Zur Zeit der Wiedervereinigung versprach der damalige Kanzler Helmut Kohl »blühende Landschaften« in den neuen Bundesländern und damit implizit eine schnelle Angleichung an den ökonomischen Wohlstand im Westen. Allerdings ist die Staatstätigkeit, gemessen an den Staatsausgaben, in den neuen Bundesländern, trotz einiger Angleichungen seit den 1990er Jahren, immer noch deutlich größer als in den alten Bundesländern. Wir vermuten, dass die Regierungen der neuen Bundesländer die Schätzungen in Vorwahljahren als kostengünstiges Signal nutzen, um einen höheren Angleichungsgrad an die alten Bundesländer zu signalisieren. Politiker in den neuen Bundesländern könnten durchaus in dem Glauben sein, dass eine ähnliche Größe des öffentlichen Sektors beim Wähler trotz der stärkeren Präferenz für Umverteilung auf Anklang stoßen könnte.⁸ Ob jedoch die Wählerschaft diese Versprechen honoriert, haben wir nicht adressiert und muss Gegenstand weiterer Untersuchungen sein.

Literatur

- Alesina, A. und N. Fuchs-Schündeln (2007), »Good-Bye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People's Preferences«, *American Economic Review* 97, 1507–1528.
- Berger, H. und U. Woitek (1997), »Searching for Political Business Cycles in Germany«, *Public Choice* 91, 179–197.
- Bischoff, I. und W. Gohout (2010), »The Political Economy of Tax Projections«, *International Tax and Public Finance* 17, 133–150.
- Breuer, Chr. (2015), »On the Rationality of Medium-Term Tax Revenue Forecasts: Evidence from Germany«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 235, 22–40.
- Brosig-Koch, J., C. Helbach, A. Ockenfels und J. Weimann (2011), »Still Different after All These Years: Solidarity Behavior in East and West Germany«, *Journal of Public Economics* 95, 1373–1376.
- Buettner, T. und B. Kauder (2015), »Political Biases despite External Expert Participation? An Empirical Analysis of Tax Revenue Forecasts in Germany«, *Public Choice* 164, 287–307.
- Corneo, G. (2004), »Wieso Umverteilung? Einsichten aus ökonomischen Umfrageanalysen«, in: B. Genser (Hrsg.), *Finanzpolitik und Umverteilung*, Duncker & Humblot, Berlin, 55–88.
- De Haan, J. und J. Klomp (2013), »Conditional Political Budget Cycles: A Review of Recent Evidence«, *Public Choice* 157, 387–410.
- Fuchs-Schündeln, N., D. Krueger und M. Sommer (2010), »Inequality Trends for Germany in the Last Two Decades: A Tale of Two Countries«, *Review of Economic Dynamics* 13, 103–132.
- Heinemann, F. (2006), »Planning or Propaganda? An Evaluation of Germany's Medium-term Budgetary Planning«, *FinanzArchiv/Public Finance Analysis* 62, 551–578.
- ⁸ Umverteilung ist eine auf Bundesebene angesiedelte Aufgabe. Der größte Posten der Gesamtausgaben der Bundesländer sind Personalkosten.

⁷ Vorherige Untersuchungen haben ergeben, dass sich ideologisch geprägte Reformen in den alten und neuen Bundesländern unterscheiden (vgl. Tepe und Vanhuyse 2014; Kauder und Potrafke 2013; Potrafke 2013).

Kauder, B. und N. Potrafke (2013), »Government Ideology and Tuition Fee Policy: Evidence from the German States«, *CESifo Economic Studies* 59, 628–649.

Kauder, B., N. Potrafke und C. Schinke (2017), »Manipulating Fiscal Forecasts: Evidence from the German States«, *FinanzArchiv/Public Finance Analysis*, im Erscheinen.

Klomp, J. und J. de Haan (2013), »Political Budget Cycles and Election Outcomes«, *Public Choice* 157, 245–267.

Ockenfels, A. und J. Weimann (1999), »Types and Patterns: An Experimental East-West-German Comparison of Cooperation and Solidarity«, *Journal of Public Economics* 71, 275–287.

Potrafke, N. (2013), »Government Ideology and Economic Freedom across the German States«, *Regional Studies* 47, 433–449.

Tepe, M. und P. Vanhuyse (2014), »A Vote at the Opera? The Political Economy of Public Theatres and Orchestras in the German States«, *European Journal of Political Economy* 36, 254–273.